

In diesem Jahr sind es 50 Jahre her, daß das Gebäude der John-Brinckman-Oberschule am Domplatz feierlich eingeweiht wurde. Schon lange genügte das alte Gebäude am Wall (das zur Schule umgebaute ehemalige Wallhotel) den Anforderungen nicht mehr, denn die Zahl der Schüler war ständig gewachsen, waren hier doch sowohl das Realgymnasium als auch die Realschule vereinigt. Mit 185 Schülern habe man einst (1853) das alte Haus bezogen, stellte der damalige Direktor Klingberg 1906 in seiner Ansprache fest, und mit 469 verlasse man es jetzt. Ein Blick auf die Baugeschichte dieses Hauses läßt ein nicht unwichtiges Stück Güstrower Geschichte, genauer noch der Güstrower Arbeiterbewegung, erkennen.

Fertigstellung des Gebäudes durch Streik verzögert

Am 10. September 1902 war bereits die Grundsteinlegung in Anwesenheit des Magistrats, der Schulbehörden, der Magistlichkeit und sogar des mecklenburgischen Großherzogs erfolgt. Am 13. Juni 1908 jedoch konnte das Gebäude erst bezogen werden. Es fällt jedem Laien sofort auf, daß das eine außergewöhnlich lange Bauzeit war. Zwar wurde der eigentliche Bau erst 1903 begonnen, denn es mußten noch Abbruch- und Aufräumungsarbeiten vorgenommen werden, doch trat ein Ereignis in dieser Zeit ein, das die geplante Fertigstellung um mindestens ein Vierteljahr verzögerte: der große Bauarbeiter- und Maurerstreik, der am 4. Mai 1904 begann und alle Bauten der Stadt erfaßte. Hinzu kommt, daß die Maurer bereits 1903 in den Streik getreten waren und eine Erhöhung der Stundenlöhne von 37 auf 40 Pfennig erreicht hatten. Gleichzeitig waren aber die Löhne der Bauarbeiter von den Unternehmern nur von 24 auf 25 Pfennig heraufgesetzt worden.

Am 4. August 1903 forderten auch sie daher eine Erhöhung auf 30 Pfennig pro Stunde, was von den Vertretern der Innung abgelehnt wurde. Jetzt stellten sie am 5. April 1904 durch ihre Lohnkommission erneut

50 jähriges Bestehen der John-Brinckman-Oberschule

Baugeschichte berichtet von der Güstrower Arbeiterbewegung

die Forderung, und wiederum lehnte die Innung ab. Darauf antworteten sie am 3. Mai mit dem Streik; nachfolgende Verhandlungen mit der Innung scheiterten. Gleichzeitig waren damit aber auch die Maurergesellen betroffen, denn es konnten nur noch wenige beschäftigt werden.

Nachdem es den Unternehmern gelungen war, einige Arbeitskräfte als Ersatz zu beschaffen und die Gesellen aufforderten, die Arbeit wieder aufzunehmen, erklärten sich diese mit den streikenden Bauarbeitern solidarisch. Damit hatte sich die Auseinandersetzung, die nicht nur um materielle Interessen ging, sondern, wie noch deutlich werden wird, auch politischen Charakter trug, erheblich zugespitzt.

Bauarbeiterversammlung

in der ehemaligen Friedrichshalle

In der Güstrower Zeitung vom 18. Mai 1904 steht die Notiz: „In der Friedrichshalle fand gestern abend eine Versammlung der hiesigen Bauarbeiter statt, die von etwa 400 Personen besucht war. In derselben sprach der Arbeiter Gränert (Hamburg) über den hiesigen Bauarbeiterstreik. Der Redner empfahl zum Schluß seiner Ausführungen, den Streik vorläufig fortzusetzen.“ Gleichzeitig wurde in der lebhaften Aussprache der Versammlung an die Solidarität aller Arbeiter appelliert.

In ultimativer Form forderten die Unternehmer der Innung nun die Bauarbeiter auf, den Streik abzubrechen, andernfalls würden sämtliche Maurergesellen Güstrows gesperrt werden. Da selbstverständlich nicht damit zu rechnen war, daß die Arbeiter dieser Aufforderung nachkamen, hatten die Bauherren schon Gegenmaßnahmen beschlossen. Sie wollten persönlich für die Heranziehung von Gesellen und Bauarbeitern von auswärts sorgen und sogar billige italienische Arbeiter anwerben.

Die Maurergesellen Güstrows schwiegen auf den Aussperrungsbeschluß keineswegs, sondern erhoben die Forderung nach 45 Pfennig Stundenlohn und würden nur unter bestimmten Bedingungen die Arbeit wieder beginnen, wozu sicherlich die Wiedereinstellung der Güstrower Bauarbeiter rechnet.

Vom Briefwechsel des Maurermeisters Sander mit dem Magistrat

In seinem weiteren Verlauf sollte der Streik zeigen, daß die Arbeiterschaft der Stadt eine politische Kraft darstellte, mit der man rechnen mußte. Güstrow war um die Jahrhundertwende eine lebhaft indusriestadt mit einer für mecklenburgische Verhältnisse nicht geringen Arbeiterzahl.

Obleich die Bauunternehmer nach 72 Stellen Verbindung angeknüpft hatten und den auswärtigen Arbeitern bis zu 30 Pfennig, den Gesellen 45 Pfennig und den Polieren bis 70 Pfennig Stundenlohn, dazu Reisekosten, Provision, Spesen usw. während der Dauer des Streiks in Aussicht stellten, hatten sie keinerlei Erfolg.

Durch die Agitation der Streikenden wurden die nach Güstrow kommenden Arbeiter immer wieder fortgebracht. Zweimal reisten Kolonnen von Italienern (am 12. Mai und 29. Juni 1904) wieder ab, nachdem sie mit ihren Güstrower Arbeitskollegen gesprochen hatten. Das Reisegeld bekamen sie gewiß ersetzt.

Über diesen Konflikt gibt es nicht nur Zeitungsnachrichten, sondern, was weit wichtiger ist, einen Briefwechsel des Bauunternehmers der Schule, des Maurermeisters Sander, mit dem Magistrat. Dieser war nämlich von dem Vorsitzenden der Baukommission, Bürgermeister Dahse, aufgefordert worden, eine schriftliche Darstellung über die Ursachen des Streiks zu geben, und versuchte nun, nachzuweisen, daß ihn daran keine

Schuld treffe, denn er hätte sich an die Beschlüsse seiner Innung halten müssen.

Immer mehr spitzt sich der Kampf zu einer Machtfrage zu, schreibt er, in Bielefeld, Bremen und Rostock seien ähnliche Zustände, und nach Berichten gäbe es zur Zeit in 35 deutschen Städten Streiks.

„Der Arbeitgeber muß mit banger Sorge in die Zukunft blicken“, heißt es weiter, „die maßlosen Forderungen der organisierten Arbeiter werden immer mächtiger und bedrohen schließlich die ganze Staatswirtschaft, weshalb ich an alle maßgebenden Behörden die dringende Bitte richten muß, in diesem schweren Kampf mit den organisierten Arbeitern uns nach Möglichkeit zu unterstützen.“

Er verlangt, die Baukommission solle die Dauer des Streiks bei den vereinbarten Baufristen nicht in Anrechnung bringen und außerdem die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung nachbewilligen, da er sie sonst „aus seiner Tasche“ bezahlen muß. Denn zur Zeit der Abschlußverhandlungen habe er die sehr niedrigen Akkordlöhne vorgelegt, die beim Postbau (1895/96) „im allgemeinen Unterbietungsverfahren erzielt wurden“.

Wie stellte sich der Magistrat zu diesem Ansinnen? Das Antwortschreiben vom 2. Juli enthält eine klare Absage. „Wir haben aus Ihren Darlegungen nicht die Überzeugung gewonnen, daß Sie unverschuldet in einen Streik verwickelt sind. Insbesondere kann Ihre Berufung darauf, daß die Aussperrung sämtlicher Maurergesellen durch Majoritätsbeschluß der Innung erfolgt sei, keine Beachtung finden, da der Beschluß gesetzwidrig und für die Innungsmitglieder unverbindlich ist.“ Diese Antwort wird um so mehr begrifflich, wenn man erfährt, daß S. Vorsitzender des Innungsvorstands war, also keineswegs unbeteiligt sein konnte.

Maurer und Bauarbeiter erkämpften höhere Stundenlöhne

Indessen ging der Streik weiter und wunde schließlich am 22. Juli nach elfwöchiger Dauer beendet. Die Maurer hatten einen Stundenlohn von 43 Pfennig, die Bauarbeiter von 28 Pfennig erreicht. Damit waren jedoch die Kämpfe der Arbeiter auch in Güstrow noch lange nicht beendet. Doch konnte die Schule 1908 endlich eingeweiht werden. Dahse, einer der fähigsten und aufgeschlossensten Bürgermeister aus Güstrows Vergangenheit, ließ in seiner Rede noch einmal das Ereignis anklingen, das die Verzögerung verursachte und rückte damit zugleich die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im alten kaiserlichen Reich ins grelle Licht. Das Wort, das er anlässlich der Grundsteinlegung sprach, kann auch heute gelten. Die Schule solle sein:

„Alles Bösen Eckstein,
Alles Guten Grundstein,
Der Jugend unserer Stadt Edelstein.“

Gegenwärtig sind in der Oberschule etwa die gleiche Anzahl Schüler wie damals vor 50 Jahren im Realgymnasium und in der Realschule zusammen, allerdings sind es außer Jungen auch Mädel, davon ein nicht geringer Prozentsatz Kinder von Arbeitern und Bauern, also Angehörige der Klasse, deren Vorfahren schon vor über 50 Jahren auch in Güstrow um ihre Rechte kämpften. Die junge Generation im Geiste der Humanität, des Friedens und der Gerechtigkeit zu erziehen, sei allezeit Aufgabe der Schule, die zu Beginn des neuen Schuljahrs in einer Feier des Jubiläums und der damit verbundenen geschichtlichen Ereignisse gedenken wird.